



**KLAUS-PETER BUSS/MARTIN
KUHLMANN/MARLIESE
WEISSMANN/HARALD WOLF/
BIRGIT APITZSCH (HRSG.)
DIGITALISIERUNG UND ARBEIT
TRIEBKÄRÄTE – ARBEITS-
FOLGEN – REGULIERUNG**

Campus Verlag,
Frankfurt a. M./ New York
2021

ISBN 978-3-593-51399-7
372 Seiten, 45,00 €

BESPROCHEN VON
Hartmut Hirsch-Kreinsen,
Prof. i. R. für Wirtschafts- und
Industriesoziologie an der
TU Dortmund.

Vor einiger Zeit schon hat das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) einen umfangreichen Sammelband vorgelegt, der die institutseigenen Forschungsergebnisse zum bis heute boomenden Thema Digitalisierung und Arbeit präsentiert. Verfasst wurden die Beiträge, die zum großen Teil auf Vorträgen einer Ende 2019 durchgeführten Konferenz des SOFI über die Digitalisierung der Arbeit basieren, mehrheitlich von Wissenschaftler*innen des Instituts. Der im Vorwort formulierte Anspruch dieser Publikation ist nicht gering: Sie soll die SOFI-Forschung zum Thema Digitalisierung und Arbeit unter der Zielsetzung bündeln, dass in der Gesamtschau ein konzeptioneller, wie aber auch differenzierter und die Debatte befruchtender Beitrag zur soziologischen Digitalisierungsforschung entsteht. In der Tat, dies ist wünschenswert. Zwar wird seit Jahren über Digitalisierung von Arbeit diskutiert und geforscht, doch stehen die Ergebnisse disparat nebeneinander, es fehlen forschungsleitende generalisierende Thesen, von konzeptionell übergreifenden Ansätzen ganz zu schweigen. Insofern zielt der Band auf ein fraglos vorhandenes Defizit der neueren Arbeitssozioologie. Und von wem sollte diese Lücke gefüllt werden, wenn nicht vom SOFI mit seiner ebenso langen wie einflussreichen und überaus wertvollen Tradition der Arbeitsforschung.

Wie im einleitenden Beitrag von *Birgit Apitzsch, Klaus-Peter Buss, Martin Kuhlmann, Marliese Weißmann und Harald Wolf* ausgeführt wird, grenzen sie sich in doppelter Weise von der bisherigen Digitalisierungsforschung ab: Zum einen kritisieren sie Ansätze, mit denen ihrer Ansicht nach Digitalisierungs- und Kapitalismusanalyse theoretisch kurzgeschlossen werden, zum anderen verwerfen sie Analysen der Betriebs- und Arbeitsebene, die aus ihrer Sicht Digitalisierung als alleinigen Bestimmungsfaktor von Arbeit überbetonen und technikdeterministisch argumentieren. Wie die Autoren*innen hervorheben, wollen sie die „Eindimensionalität des Tunnelblicks auf die Digitalisierung“ (S.18) der bisherigen soziologischen Digitalisierungsforschung überwinden. Die Frage, ob diese Einschätzung des gegenwärtigen Forschungsstandes angesichts seiner Vielfalt in der formulierten Generalität triftig ist, sei einmal beiseitegelassen. Interessant ist vielmehr zu schauen, ob der Band und seine einzelnen Beiträge den formulierten Anspruch einlösen können.

Es wird ein Untersuchungsansatz zur Diskussion gestellt, der durch Stichworte wie Pluralität des Untersuchungsgegenstandes, die Notwendigkeit einer Mehr-ebenen- und Mehrfaktorenanalyse und einer methodisch qualitativen Herangehensweise gekennzeichnet werden kann. Vor allem soll nicht die Digitalisierung untersucht werden, sondern es geht um „Digitalisierungen“ mit ihren „unabdingbaren Differenzierungen, Verbindungen und Relativierungen“ (S.19). Dabei fokussieren sich die Autoren*innen auf „Arbeit in und an der Digitalisierung“ (S.20), d. h. sie legen zum einen ihr Augenmerk auf die Arbeitenden, ihre unterschiedlichen Arbeitswelten und

Subjektivität, zum anderen auf die Bestimmungsfaktoren und Prozesse der Digitalisierung wie etwa die Arbeit an Projekten zur Entwicklung digitaler Techniken und ihrer betrieblichen Implementation.

Konsequent an dieser Unterscheidung ausgerichtet, wird ein breites Spektrum von insgesamt neun empirischen Beiträgen aus der SOFI-Forschung präsentiert. Sie sind thematisch in drei Blöcke gegliedert. Im ersten Block wird nach den sozialen Triebkräften der Digitalisierung gefragt. Einen interessanten Einstieg bildet hier der von *Michael Faust* explorativ analysierte Zusammenhang zwischen Finanzialisierung und Digitalisierung. Seine These ist, dass dieser Zusammenhang durch kollektiv geteilte Zukunftserwartungen und Technologieversprechungen vermittelt wird. Denn damit würden nicht nur die Unwägbarkeiten digitaler Innovationen reduziert, sondern sie bildeten auch die Basis für die Bewertungen der Innovationen durch Finanzmarktakteure. Bezeichnet wird damit ein weiterführendes Forschungsfeld, das vor allem für eine Erklärung von Technologiehypes eine hohe Überzeugungskraft aufweist. In den weiteren Beiträgen wird der Einfluss von Wettbewerbsstrategien und Geschäftsmodellen am Beispiel des Einzelhandels (*Peter Buss* und *Eva-Maria Walker*) sowie von Innovationsstrategien im Sektor der Finanzdienstleistungen, der von der Forschung bislang weithin übersehen wurde, analysiert (*Knut Tullius*). *Tullius* greift hierfür auf den Ansatz der Systemischen Rationalisierung aus den 1980er Jahren zurück und belegt dessen analytische Fruchtbarkeit. Damit begründet er zugleich die beobachtbare Heterogenität der Arbeitsformen und verwirft überzeugend allzu platte Interpretationen wie die eines aufkommenden „digitalen Taylorismus“ im Servicesektor.

Im zweiten Block werden empirische Analysen auf der Ebene von Arbeitsprozessen zusammengefasst. Dabei handelt es sich um die Befunde klassischer Arbeitsstudien, die die Digitalisierungsforschung auch des SOFI seit Jahren prägen. Einmal mehr belegen die Autoren*innen überzeugend die Vielfalt des Wandels von Arbeit, eben die angesprochenen Digitalisierungen. Im Einzelnen umfasst dieser Abschnitt zunächst einen empirischen Überblick über die Vielfalt von Nutzungsformen und Arbeitswirkungen digitaler Technologien, mit dem die Einzelergebnisse verschiedener Forschungsprojekte zusammengefasst werden (*Martin Kuhlmann*). Dann wird eine Analyse über den Wandel von Facharbeit vorgelegt. Durchaus in SOFI-Tradition wird hier zum wiederholten Male eine Erosion von Facharbeit befürchtet, sofern dies nicht durch die Gestaltung lernförderlicher Formen der Arbeitsorganisation kompensiert werde (*Volker Baethge-Kinsky*). Darüber hinaus enthält dieser thematische Block einen Beitrag über den Zusammenhang von Digitalisierung, Gesundheit und Arbeitsbelastungen (*Kristin Carls, Hinrich Gehrken, Martin Kuhlmann, Lukas Thamm und Barbara Splett*) und schließlich eine Untersuchung über die Nutzungsdimensionen von Kollaborationsplattformen

wie „MS Teams“, fraglos ein Thema hoher Aktualität (*Marliese Weifmann*).

Der dritte Block präsentiert Analysen über die Aushandlungs- und Regulierungsprozesse von Digitalisierung. Dabei wird besonders der wechselseitige Zusammenhang zwischen eingespielten Regulierungspraktiken und den neuen Dynamiken der Digitalisierung in den Blick genommen. Zum einen wird gezeigt, in welcher Weise Digitalisierung Gegenstand interessenpolitischer Aushandlungsprozesse ist (*Stefan Rüb*), zum anderen werden Veränderungen in Arbeitsbeziehungen infolge von sogenannter Solo-Selbstständigkeit analysiert (*Brigit Apitzsch, Lena Schulz, Ronny Ehlen, Maximiliane Wilkesmann und Caroline Ruiner*).

Ergänzend dazu legt unter der Überschrift „Das Phantom der Digitalisierung“ *Harald Wolf* einen wissenschafts-historisch und konzeptionell orientierten Rahmenbeitrag vor. Einerseits arbeitet er mit seinem ausführlichen Rückblick auf frühere Diskurse und Konzepte der Arbeits- und Industriesoziologie überzeugend die Kontinuitäten der laufenden Digitalisierungsforschung heraus und argumentiert damit gegen die aktuelle Geschichtsvergessenheit, die ja auch vielfach die aktuelle sozialwissenschaftliche Forschung prägt. Andererseits nutzt er die historische Folie, um die Besonderheiten des gegenwärtigen Digitalisierungsdiskurses zu verdeutlichen. Hierzu nennt er vier Merkmale: neue technische Perspektiven insbesondere die des Internets, eine ausgeprägte interessengeleitete Leitbildorientierung, die flächendeckende Verbreitung der neuen Systeme sowie ein gesellschaftlich deutlich erweitertes Kontrollpotenzial im Kontext einer entgrenzten Informatisierung. Allerdings bleibt dabei die Frage unbeantwortet, inwieweit sich mit digitalen Systemen möglicherweise nicht doch ein generell neues Verhältnis von Technik und Arbeit verbindet. Denn der Verweis allein auf Digitalisierungen, Gestaltungsspielräume und den Einfluss verschiedenster sozio-ökonomischer Faktoren greift letztlich zu kurz, solange der Umstand ausgeklammert wird, dass Technik selbst stets strukturbildend wirkt.

Sicherlich kann man darüber streiten, dass dieser historisch-konzeptionelle Beitrag, wie hier geschehen, den empirischen Beiträgen als Rahmen vorangestellt wird – oder ob er möglicherweise auch als historisch-konzeptionelles Resümee zu verstehen gewesen wäre. Auch bleibt offen, in welchem Bezug dieser Text zu den vorgelegten empirischen Befunden und den dort genutzten Analysekonzepten letztlich steht. In jedem Fall aber wäre ein Resümee des Gesamtbandes sehr wünschenswert gewesen, um den konzeptionellen Mehrwert der vorgelegten Gesamtschau der Digitalisierung von Arbeit herauszuarbeiten. So hätten die Herausgeber*innen die Befunde der verschiedenen Beiträge mit ihrem eingangs ausgeführten Untersuchungsansatz explizit verknüpfen und präzisieren können. Denn der Untersuchungsansatz bleibt in der vorliegenden Fassung analytisch doch wenig präzise. Die Abgrenzung gegenüber vermeintlich zu kurz greifenden und

eindimensionalen Erklärungsansätzen und die Rede „von der Pluralität des Untersuchungsgegenstandes“ (S.18) bieten weder eine theoretische Erklärung noch eine zeit-diagnostische Interpretation der derzeit laufenden Wandlungsprozesse von Arbeit.

Ohne Frage handelt es sich um eine konzeptionelle Herausforderungen, wie jüngst Kollegen des WZB betonen¹, die Befunde theoretisch so zu bündeln, dass Teilaspekte nicht überbetont, bestimmte Phänomene nicht unzulässigerweise als Epochentypus stilisiert werden oder gar der empirische Bezug verlorenzugehen droht. Möglicherweise wäre hier ein Theoriekonzept „mittlerer Reichweite“ angemessen, das zwischen gesellschaftlichen Großtheorien und der empirischen Vielfalt auf der betrieblichen Ebene zu verorten ist. Es wäre sicherlich wert, in einer neuen Forschungsrounde diese Herausforderung anzugehen. Gerade beim SOFI könnte man dazu auf einen reichhaltigen konzeptionellen Fundus zurückgreifen.

Insgesamt aber wird mit dem vorliegenden Band ein vom SOFI lange erwarteter umfassender Beitrag zum aktuellen Stand der Forschung über das Thema Digitalisierung von Arbeit vorgelegt. Es handelt sich, wie im Vorwort avisiert, um einen konzeptionell wie auch empirisch differenzierten Beitrag zur soziologischen Digitalisierungsforschung. Die Herausgeber*innen verweisen teilweise zu Recht auf bisherige Engführungen der Forschung und mit den empirischen Beiträgen wird die Landschaft digitaler Arbeit nicht nur in wesentlichen Zügen nachgezeichnet, sondern auch um relevante neue Dimensionen erweitert. Zudem wird deutlich: Das Forschungsthema ist zwar keineswegs so neu, wie oft unterstellt, jedoch bleiben durchaus noch viele Fragen offen, was Martin Kuhlmann am Ende seines Beitrages so formuliert: „[D]ie Arbeit an einer Landkarte der digitalen Arbeitswelt hat allerdings gerade erst begonnen.“ (S. 203). ■

1 Siehe Butollo, F./Feuerstein, P./Krzyszynski, M. (2021): Was zeichnet die digitale Transformation der Arbeitswelt aus? Ein Deutungsangebot jenseits von Großtheorien und disparater Empirie, in: AIS-Studien 14 (2), S. 27-44.



**BRIGITTE AULENBACHER /
FRANK DEPPE / KLAUS DÖRRE /
CHRISTOPH EHLSCHEID /
KLAUS PICKSHAUS (HRSG.)**
**MOSAIKLINKE
ZUKUNFTSPFADE –
GEWERKSCHAFT,
POLITIK, WISSENSCHAFT
FESTSCHRIFT
FÜR HANS-JÜRGEN URBAN**

Verlag Westfälisches
Dampfboot, Münster 2021

ISBN 978-3-89691-064-6
418 Seiten, 40,00 €

BESPROCHEN VON

Reinhard Bispinck, Dr., ist Ökonom und arbeitete von 1979 bis 2017 im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Die Anforderungen an eine Festschrift sind klar umrissen: Sie soll den Jubilar ehren, sein Wirken würdigen und zugleich Anregungen für die weitere Beschäftigung mit der Person und ihrem Tätigkeitsbereich liefern. Wenn alle Beteiligten diszipliniert sind, erfährt der/die Geehrte von der Veröffentlichung erst bei der Übergabe – und ist freudig überrascht. So war es im Fall von Hans-Jürgen Urban, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, dem Weggefährte*innen aus Anlass seines 60. Geburtstags eine gelungene Festschrift überreichten. „Mosaiklinke Zukunftspfade“ lautet ihr Titel und sie enthält auf 418 Seiten zahlreiche Beiträge von 72 Autor*innen aus den Bereichen Wissenschaft, Gewerkschaften und Sozialpolitik.

In ihrem Vorwort zeichnen die Herausgeber*innen das Porträt einer eindrucksvollen Persönlichkeit: Hans-Jürgen Urban, Jahrgang 1961, studierte Politikwissenschaft u. a. in Marburg, engagierte sich früh in der örtlichen Bildungsarbeit der IG Metall, wurde 1991 hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär und ist seit 2007 geschäftsführendes Vorstandsmitglied mit dem Geschäftsbereich Sozialpolitik, Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik. Parallel zu seiner Gewerkschaftstätigkeit arbeitete der promovierte und habilitierte Urban außerordentlich produktiv als Wissenschaftler. Sein langes und gehaltvolles Veröffentlichungsverzeichnis umfasst ein breites Themenspektrum von Sozialstaatlichkeit über Gewerkschaftsforschung bis zur Arbeits- und Gesundheitspolitik. Und es ist ihm gelungen, politisches Handeln und wissenschaftliche Analyse wirkungsvoll miteinander zu verknüpfen. Wie der „belesene Gewerkschaftsintellektuelle“ (Klaus Dörre, S. 86) dieses faszinierende „Doppel Leben“ hinbekommt, bleibt sein Geheimnis.

Die Festschrift greift in sechs Abschnitten zentrale Themen und Arbeitsfelder auf, die hier mit Hinweisen auf ausgewählte Beiträge vorgestellt werden. Der Titel der Festschrift nimmt Bezug auf einen Begriff, den Hans-Jürgen Urban bereits 2009 in die politische Debatte eingeführt hat. Mit „Mosaiklinke“ bezeichnet er einen „heterogenen Kollektivakteur“, der als Transformationsallianz im Kapitalismus wirkt und „wie ein Mosaik seine Ausstrahlungskraft als Gesamtwerk entfaltet, obwohl seine Einzelteile als solche erkennbar bleiben“.¹ Das politisch-wissenschaftliche Interesse zielt auf das strategische Zusammenwirken von verschiedenen Akteuren, Bewegungen und Strömungen unter Anerkennung ihrer Eigenständigkeit.

Die darum geführte intensive Diskussion der vergangenen Jahre wird (vor allem) im ersten Abschnitt der Festschrift aufgegriffen. Gefragt wird u. a. nach der Allianzfähigkeit und dem Themenzuschnitt der Mosaiklinken. Brigitte Aulenbacher plädiert dafür, den lila und grünen Steinen im Mosaik genügend Raum zu geben, damit es gelingt, die progressiven Kräfte in möglichst großem Ausmaß zu bündeln. Ines Schwerdtner beschreibt den Green New Deal als mögliches linkes Hegemonieprojekt. Er hat aus ihrer Sicht den Vorteil, drei Politiktraditionen – die

sozialdemokratisch-keynesianische, die grüne und die sozialistische – zu vereinen. Steffen Lehndorff rekapituliert die positiven Erfahrungen des New Deals in den USA in den 1930er Jahren. Identitätsstiftende Reformprojekte, z. B. Energie- und Verkehrswende und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, bilden nach seiner Auffassung dar bei den Schlüssel zum Erfolg.

Gewerkschaften sind ein wichtiger Akteur einer Mosaiklinken. Ihr politisches Mandat ist Gegenstand des zweiten Segments. Analytisch klar und politisch zupackend skizziert Detlef Hensche, langjähriger Vorsitzender der IG Medien, inhaltliche Anknüpfungspunkte wie etwa die neue Wertschätzung des Sozialstaats, Verständigung auf neue Verteilungskonzepte, sozial-ökologische Transformation und ein neues Wohlstandsmodell mit individueller Freiheit und kollektiver Gewährleistung. Die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften hängt nicht zuletzt von ihren Durchsetzungsmöglichkeiten ab. Klaus Dörre rekapituliert den u. a. von Hans-Jürgen Urban mitentwickelten „Machtressourcenansatz“ und plädiert für seine Erweiterung um die Dimension der „metabolischen Macht“, die die Reproduktion von Naturverhältnissen miteinbezieht. In mehreren Beiträgen und Interviews von und mit Gewerkschaftssekretär*innen und Betriebsräten der IG Metall werden das Selbstverständnis und die Aufgaben progressiver Gewerkschafts- und Betriebspolitik diskutiert. Jürgen Kerner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, analysiert den öko-sozialen Umbau der Industrie als Herausforderung und Spagat zwischen Tageskampf und großen Zielen.

Frank Deppe greift in seinem Beitrag eine auch künftig grundlegende Frage jeglicher Politik sozialistischer Umgestaltung auf: Wie fällt die Bilanz der bisherigen Erfahrungen der gescheiterten Sozialismusversuche aus und was ist daraus zu lernen? Er liefert dazu „Einige Anmerkungen“, die sich mit der geschichtlichen Entwicklung und Einordnung verschiedener „Sozialismen“ befassen.

Gesellschaftliche Transformation und Wirtschafts demokratie bilden einen Schwerpunkt des dritten Abschnitts. Christiane Benner, zweite Vorsitzende der IG Metall, erläutert in ihrem Beitrag die „Initiative Mitbestimmung“ als strategisches gewerkschafts- und gesellschaftspolitisches Reformprojekt. Sie betont dabei die Bedeutung einer erweiterten Mitbestimmung für unser gesamtes demokratisches System. Wie die „Systemrelevanz“ von Arbeit politisch zum Thema gemacht werden kann, erörtern Richard Detje, Dieter Sauer und Michael Schumann. Die Strategie politischer Einflussnahme ist nach ihrer Auffassung verbraucht. Gefordert sei eine Stärkung

¹ Urban, H.-J. (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 54 (5), S. 71–78, hier S. 78.

von Organisationsmacht in einem umfassenderen Zugriff. Zur Zukunft der Arbeit vertritt Richard Hyman die These, dass die Unfreiheit der Arbeit gegenwärtig zunehme und drohe, den jahrzehntelangen Fortschritt hin zu „zivilisierten“ Arbeitsverhältnissen zu untergraben. Ein Konzept „Gute Arbeit“ sei notwendig, aber nicht ausreichend. In der Auseinandersetzung um den sozial-ökologischen Umbau sehen André Leisewitz, Klaus Pickshaus und Jürgen Reusch die Notwendigkeit, die betrieblichen und gesellschaftlichen Kämpfe auszuweiten, zu vereinheitlichen und zuzuspitzen.

Nicht von ungefähr fällt der vierte Abschnitt zur Aufgabe der sozialstaatlichen Erneuerung besonders umfangreich aus. Gerhard Bäcker gibt eingangs einen umfassenden Überblick über die aktuellen und künftigen Herausforderungen. Umrisse eines sozial-ökologischen Wohlfahrtsstaates skizzieren Sebastian Kramer, Christoph Ehlscheid und Jan-Paul Grüner. Detlef Scheele, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, zeichnet die Entwicklung der gesetzlichen Grundsicherung für Arbeitslose (SGB II) nach. Gegen die Kritik von Sozialverbänden und Gewerkschaften verteidigt er das System und betont zugleich die Bedeutung des Ziels der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Inhaltlich schließt der Beitrag von Roman Zitzelsberger und Claudia Dunst (IG Metall Baden-Württemberg) zur Qualifizierungspolitik als präventive arbeitspolitische Aufgabe in der Transformation an, die sie anhand der tarif- und betriebspolitischen Aktivitäten der IG Metall erläutern. Gundula Roßbach, Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund, umreißt die multiplen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandlungsprozesse, die bei der künftigen Gestaltung der Alterssicherungspolitik zu berücksichtigen sind, und Annelie Bunkenbach, langjähriges DGB-Vorstandsmitglied, fasst die gewerkschaftlichen Anforderungen an eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung zusammen. Thomas Gerlinger und Uwe Lenhardt ziehen eine Bilanz der Gesundheitspolitik, die von den 1990er bis in die frühen 2010er Jahre einen neoliberalen Umbau erfahren hat. In Zukunft müssen aus ihrer Sicht eine solidarische Finanzierung und eine Reform der Versorgungsstrukturen im Vordergrund stehen, wobei den Gewerkschaften in der sozialen Selbstverwaltung eine besondere Rolle zukommt. Den (Verteilungs-)Konflikt um die künftige Finanzierung des Sozialstaats analysieren Katharina Grabietz und Stefanie Janczyk am Beispiel des Dogmas der Sozialversicherungsbeitragsgrenze von 40 %. Sehr lesenswert ist der Beitrag zur Vertariflichung der sozialen Sicherung von Thilo Fehmel. Er warnt mit gutem Grund vor einer fortgesetzten Entstaatlichung der sozialen Sicherung durch tarifvertragliche Surrogate, weil diese angesichts unterschiedlicher Reichweite, Qualität und Nutzungsvoraussetzungen zumeist hochselektiv wirken. Nicht unerwähnt bleiben sollte der äußerst instruktive Aufsatz von Michael Kittner zur Rolle der Gerichte bei der Implementierung des Sozialstaatsprinzips.

Ein gesonderter Abschnitt ist der Arbeitspolitik gewidmet, die einen Schwerpunkt der Tätigkeit von Hans-Jürgen Urban bildet, wie das seit vielen Jahren von ihm mitherausgegebene Jahrbuch „Gute Arbeit“ belegt. Die besonderen Herausforderungen der Corona-Pandemie, grundlegende Ansatzpunkte eines präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutzes und die Belastungsfolgen der fortschreitenden Digitalisierung sind Themen der Beiträge. Isabel Rothe und Beate Beermann von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) betonen die Bedeutung der Digitalisierung für den Wandel der Arbeit und leiten daraus neue Anforderungen an Akteure, Vorgehensweisen und Instrumente des Arbeitsschutzes ab. Eine ungewohnte Perspektive entwickelt Nicole Mayer-Ahuja, die auf die arbeitspolitischen Folgen transnationaler Unternehmensaktivitäten eingeht.

Der letzte Teil des Buches behandelt die Europapolitik. IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Lemb bezweifelt, dass in der Wirtschafts- und Sozialpolitik tatsächlich bereits ein Paradigmenwechsel zu beobachten sei, und skizziert die aus seiner Sicht erforderlichen Weichenstellungen für eine Neuausrichtung ebenso wie die politische Verantwortung der Gewerkschaften. Martin Höpner macht darauf aufmerksam, dass die IG Metall als Vertreterin der Beschäftigten des „Exportblocks“ in einem besonderen Spannungsfeld zu den Zielen der Mosaiklinken steht. Thorsten Schulten lotet konkret am Beispiel des Richtlinienvorschlages über angemessene Mindestlöhne die Chancen für eine arbeitspolitische Neuausrichtung der EU aus. Der in der Corona-Krise entwickelte „Not-Pragmatismus“² schaffe offene Situationen, die es für die Durchsetzung progressiver Projekte zu nutzen gelte.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass diese Festschrift nicht nur den Jubilar erfreuen darf. Sie bietet den an den Perspektiven einer Mosaiklinken Interessierten breit gefächerten Lesestoff und vielfältige Anregungen. Die Beiträge reichen vom wissenschaftlichen Aufsatz über politische Analysen und erfahrungsgesättigte Praxisberichte bis zu Gesprächen/Interviews. Kritisch anmerken könnte man allenfalls, dass ein Veröffentlichungsverzeichnis von Hans-Jürgen Urban fehlt. Aber da hat er selbst schon vorgesorgt: Auf der Website hans-juergen-urban.de findet sich eine umfassende Übersicht. ■

2 Urban, H.-J. (2020): Warum die EU jetzt vor einer ungewissen Zukunft steht, <https://awblog.at/warum-die-eu-jetzt-vor-einer-ungewissen-zukunft-steht> (letzter Zugriff: 16.03.2022).



STEFFEN LIEBIG

**ARBEITSZEITVERKÜRZUNG
ALS KONVERGENZPUNKT?
SOZIAL-ÖKOLOGISCHE
ARBEITSKONZEPTE, WACHS-
TUMSKRITIK UND GEWERK-
SCHAFTLICHE TARIFPOLITIK**

Campus Verlag,
Frankfurt a. M./ New York
2021

ISBN 978-3-593-51449-9
400 Seiten, 45,00 €

BESPROCHEN VON

Stefan Schoppengerd, Dr. ist
wissenschaftlicher Mitarbeiter
im Fachbereich Wirtschafts-
wissenschaft an der Hoch-
schule für Wirtschaft und
Recht (HWR) Berlin.

Ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung geeignet, Debatten und Akteure aus Umweltbewegung und Gewerkschaften zusammenzuführen, die oft isoliert voneinander bleiben, wo doch eigentlich das gemeinsame Interesse an sozialer Gerechtigkeit und einer lebenswerten Umwelt im Vordergrund stehen könnte? Es kommt darauf an, antwortet Steffen Liebig in seiner Dissertationschrift: Dass im Eintreten für Arbeitszeitverkürzung eine ökologisch motivierte Wachstumskritik und die gewerkschaftliche Repräsentation abhängig Beschäftigter zusammenfinden, ist demnach zwar nicht vollkommen abwegig, aber höchst voraussetzungsvoll. Liebig ergründet die Bedingungen, indem er einer Reihe von Fragen nachgeht: Ist es überhaupt plausibel, beim Stichwort Arbeitszeitverkürzung an eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise zu denken? Wie ist es zu erklären, dass in manchen Beiträgen zur Postwachstumsdebatte kurzerhand beispiellos große Schritte der Arbeitszeitreduktion als Ziel ausgegeben werden, Gewerkschaften sich hier aber bedeckt halten? Wie sind die Ansätze der letzten Jahre einzuordnen, über tarifliche Optionsmodelle arbeitszeitpolitischen Boden gutzumachen? Wie sähe schließlich eine tarifliche Arbeitszeitpolitik aus, die sich ausdrücklich auch als gewerkschaftliche Antwort auf ökologische Herausforderungen versteht?

Theoretisch unterscheidet Liebig zwischen produktivistischen und antiproductivistischen Perspektiven auf die „politische Ökonomie und Ökologie der Arbeitszeit“ (S. 37ff.), was er in der Auseinandersetzung mit zwei Exponenten der Diskussion entwickelt. Während er die Position von Karl Marx als „strategischen Produktivismus und normativen Antiproductivismus“ (S. 50) charakterisiert – Produktivitätsfortschritte schaffen Befreiungspotenziale, die sich im Reich der Freiheit jenseits der Lohnarbeit verwirklichen –, steht André Gorz mit seiner Verabschiedung des Proletariats für eine antiproductivistische Kritik, die im Bündnis mit neuen sozialen Bewegungen gegen die Kommodifizierung des Lebens und gegen Umweltzerstörung zu Felde zieht. Der Autor findet die Argumentation von Gorz an entscheidenden Punkten nicht überzeugend. Die kritische Auseinandersetzung erfüllt aber im Rahmen des Buches ihren guten Zweck, weil sie frühere Diskussionen um Alternativökonomie samt ihrer Sackgassen als Vorläufer heutiger antiproductivistischer Degrowth- oder Postwachstumsperspektiven kenntlich macht, die sich selbst oft relativ geschichtslos geben.

Die Hoffnungen, die sich in früheren Debatten mit einem „Ende der Arbeitsgesellschaft“ verbanden, werden sodann mit der Realität von Entgrenzung und fremdbe bestimmter Flexibilisierung der Arbeit kontrastiert. Mithilfe statistischen Materials unterstreicht Liebig, dass weder hinsichtlich der tatsächlichen Arbeitszeiten noch hinsichtlich der Arbeitszeitwünsche von einem intakten Arbeitszeitstandard ausgegangen werden können. Besonders die Geschlechterunterschiede sowie Ost/West- und Branchendifferenzen sorgen zunehmend für „strukturelle Heterogenität“ (S. 109).

Bevor er sich der Frage zuwendet, wie Gewerkschaften sich auf diesem schwierigen Terrain bewegen, richtet der Autor den Blick auf die Thematisierung von Arbeit in ökologisch orientierten Ansätzen. Arbeitszeitverkürzung als Baustein einer Reformstrategie findet in den verschiedenen von Liebig ausgewerteten Diskursen zwar breite Zustimmung; der Zusammenhang zwischen kürzeren Erwerbsarbeitszeiten und einer Reduzierung des Ressourcenverbrauchs stellt sich aber bei näherem Hinsehen nicht so unmittelbar und unterkomplex dar, wie dort vielfach angenommen. Völlig zu Recht bemängelt Liebig auch eine erstaunliche Blindheit für die Konflikthaftigkeit der Arbeitszeitgestaltung, wenn Arbeitszeit hier in entsprechenden Modellierungen als „beliebig anpassbare Rechengröße“ (S. 182) erscheint.

Dem steht der nüchterne Realismus jener 23 Hauptamtlichen aus IG Metall, ver.di und EVG gegenüber, die Liebig für seine Untersuchung gewerkschaftlicher Ansätze aktueller Arbeitszeitpolitik befragt hat. Das entsprechende Kapitel ist das umfangreichste des Buches und zeichnet ein dichtes Bild der Herausforderungen, mit denen tarifliche Arbeitszeitpolitik umzugehen hat: Ausdifferenzierung von Arbeitszeitrealitäten, Erfahrungen von Arbeitsverdichtung bei fehlendem Einfluss auf Leistungs- und Personalbemessung, rückläufige Tarifbindung und dergleichen mehr. Liebig kann gleichwohl eine Renaissance der Arbeitszeitpolitik feststellen, wenn auch in gewandelter Form – an die Stelle kollektiver Wochenarbeitszeitverkürzung, die den Befragten (auch wegen fehlenden Rückhalts in den Belegschaften) nicht durchsetzbar scheint, treten lebensphasenorientierte Optionsmodelle. Aufschlussreich ist hier nicht zuletzt, dass die IGM-Tarifrunde in die Mitte des Befragungszeitraums fiel und so auch auf Organisations- und Funktionärsebene interessante Lernprozesse in der Auseinandersetzung um die Repolitisierung von Arbeitszeitfragen sichtbar werden.

Ökologische Fragen sind dabei freilich bestenfalls randständig, sie gewinnen aber auch in den Gewerkschaften an Dringlichkeit. Eine offensivere Arbeitszeitpolitik taugt, so kann Liebig darlegen, mitnichten zur Zauberformel, die viele Probleme zugleich bewältigt – als wohlüberlegter Bestandteil einer gesellschaftspolitisch ambitionierten Transformationsperspektive birgt sie dennoch großes Potenzial. Zentral für seine diesbezüglichen Überlegungen ist der Begriff des „selektiven Wachstums“, die Idee also, dass Wachstum vorrangig in nicht ressourcen-, aber arbeitsintensiven Sektoren der Wirtschaft stattfinden sollte, was nicht zuletzt erhebliche geschlechterpolitische Implikationen hätte. Auch bei der Skizze dieses weiter ausgreifenden Programms bleibt Steffen Liebig bei seiner Vorgehensweise, Herausforderungen und Schwierigkeiten sorgfältig abzuwagen, ohne sich im Dickicht der Details zu verirren. So ist das Buch ein sehr verdienstvolles Beispiel dafür, wie eine Perspektive sozial-ökologischer Transformation im Angesicht komplexer Herausforderungen präzisiert und geschärft werden sollte. ■

DOI: 10.5771/0342-300X-2022-4-347



**MICHAEL HEINE /
HANSJÖRG HERR
DIE EUROPÄISCHE
ZENTRALBANK**

Metropolis Verlag,
Marburg 2022

ISBN 978-3-7316-1495-1
318 Seiten, 24,80 €

BESPROCHEN VON

Kai Eicker-Wolf, Dr., ist
Referent für finanzpolitische
Fragen bei der GEW Hessen
und Leiter der Abteilung Wirt-
schaftspolitik beim DGB Bezirk
Hessen-Thüringen.

Die beiden Ökonomie-Professoren Michael Heine und Hansjörg Herr haben in ihrer 2020 erschienenen Publikation „The European Central Bank“ die Geschichte der Europäischen Zentralbank (EZB), ihre institutionelle Ausgestaltung und geldpolitischen Maßnahmen bis zum Sommer des gleichen Jahres ausführlich analysiert. Das Buch haben beide nun aus dem Englischen übersetzt, aktualisiert und inhaltlich noch einmal deutlich erweitert.

Heine und Herr betten ihre Ausführungen in die Geschichte der europäischen Integration und die Entwicklung des Weltwährungssystems ein. In den ersten Kapiteln werden die Grundzüge des Zusammenführungsprozesses und der Weg zur Europäischen Währungsunion dargestellt. Die von den Autoren erläuterten Motive der daran beteiligten Länder sind sehr verschieden: Während es für Deutschland um Zustimmung zur deutschen Einheit gegangen sei, hätten die anderen Staaten die geldpolitische Vormachtstellung der Bundesbank in Europa abschaffen wollen. Denn das hohe Vertrauen in die Deutsche Mark als Leitwährung im Europäischen Währungssystem habe dazu geführt, dass andere europäische Länder ihre Zinsspolitik an jener der Bundesbank ausrichten mussten: Der deutsche Zinssatz habe immer signifikant überboten werden müssen. Eine gemeinsame Währung habe geringere Zinsen und eine gemeinsame Zentralbank eine demokratischere Geldpolitik versprochen. Außerdem sei erhofft worden, durch die Gemeinschaftswährung Euro auch eine stärkere Position im internationalen Währungssystem – insbesondere gegenüber dem US-Dollar – zu erlangen.

In den folgenden Kapiteln gehen Heine/Herr auf den institutionellen Rahmen der EZB und die aus ihrer Sicht erforderlichen Voraussetzungen für eine stabile Währungsunion ein. Hieran schließt sich eine Darstellung der sich verändernden theoretischen Orientierung und der hierauf beruhenden Zielsetzungen der EZB an. Während zunächst in der Tradition des Monetarismus die Geldmengensteuerung zentral gewesen sei, orientiere die EZB ihre Geldpolitik mittlerweile an den Arbeiten des schwedischen Ökonomen Knut Wicksell. Dadurch erkenne sie an, dass die Geldmenge endogen durch den Wirtschaftsprozess bestimmt werde.

Nach der Schilderung der ökonomischen Entwicklung bis zum Jahr 2008 behandeln Heine/Herr ausführlich die internationale Finanz- und Weltwirtschaftskrise, die sich anschließende Eurokrise und die Reaktion der Geldpolitik hierauf. Als ein grundlegendes Problem identifizieren die beiden Autoren die mangelnde Lohnkoordinierung im Euroraum, die zu einer divergierenden Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit geführt habe. Insbesondere Deutschland sei hier bis zur Weltwirtschaftskrise durch extrem geringe Lohnanstiege hervorgestochen. Verbunden mit Wachstumsdifferenzen habe dies zu erheblichen Ungleichgewichten im Außenhandel geführt: Den zunehmenden deutschen Überschüssen hätten wachsende Defizite insbesondere in den Eurokrisenländern Italien,

Irland, Spanien, Portugal und Griechenland gegenübergestanden. Diese Länder seien infolge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise aufgrund steigender Zinsen unter massiven Druck geraten. Dabei habe die sogenannte *No-Bailout-Klausel* eine zentrale Rolle gespielt, die in der EU eine gemeinsame Haftung für Verbindlichkeiten einzelner Mitgliedstaaten ausschließe.

Im Gegensatz zu den USA könne es in der Eurozone damit passieren, dass Länder in die Insolvenz gehen. Der EZB sei eigentlich strikt untersagt, die öffentlichen Budgets der Mitgliedstaaten oder der EU finanziell zu unterstützen. Dies solle dafür sorgen, dass die Finanzmärkte fiskalpolitisch „undisziplinierte“ Staaten mit höheren Zinsen bestrafen – ein Effekt, der in der Eurokrise ab 2010 zu beobachten gewesen sei und der für die davon betroffenen Länder wie Griechenland im Zusammenhang mit der aufgezwungenen Stagnationspolitik der Troika verheerende wirtschaftliche Folgen gehabt habe. Da der Euroraum im Jahr 2012 auseinanderzubrechen drohte, ist die EZB, so Heine/Herr, durch ihre Geldpolitik faktisch doch zum *Lender of Last Resort* für die öffentlichen Haushalte geworden: durch die Nullzins-Politik und das Versprechen, im Notfall unbegrenzt staatliche Wertpapiere zu kaufen, sowie ab 2015 durch das praktizierte *Quantitative Easing*, das als indirekte Staatsfinanzierung zu werten sei. Diese Politik habe die EZB dann in der Covid-Krise, deren wirtschaftspolitische Herausforderungen am Ende des Buchs behandelt werden, weiter intensiviert.

Als zentrales Manko der Währungsunion arbeiten Heine/Herr das Fehlen eines makroökonomischen Partners für die Zentralbank in Form eines Finanzministeriums für den Euroraum heraus. Mit so einem Ministerium hätte die EZB, so die Autoren, eine Institution an ihrer Seite, mit der sie eine aktive Konjunkturstabilisierung betreiben könne. Für ein solches Finanzministerium solle die Möglichkeit bestehen, in der Währungsunion Steuern zu erheben und sich über Euro-Anleihen zu verschulden. Eine derartige Stärkung der Fiskalpolitik könne damit einhergehen, Aufgaben im Bereich des Klimaschutzes und der Infrastruktur auf der europäischen Ebene anzusiedeln. Darüber hinaus schlagen Heine/Herr weitere Schritte zur Vertiefung der europäischen Integration vor, etwa durch die Harmonisierung des Steuersystems und abgestimmte Mindestlöhne.

Die Publikation „Die Europäische Zentralbank“ kann für sich ein Alleinstellungsmerkmal beanspruchen: Eine vergleichbar fundierte, ausführliche und detaillierte Darstellung der EZB und ihrer Geldpolitik ist nicht verfügbar. Die Autoren schließen damit eine Forschungslücke und liefern eine anschaulich geschriebene Analyse zur Geschichte der Europäischen Währungsintegration. Auch wenn die beiden Ökonomen mit Blick auf die Umsetzung ihrer progressiven Reformvorschläge skeptisch sind, bleibt doch zu hoffen, dass diese aufgegriffen werden. Sonst dürften die Krisenprozesse in der Währungsunion zum Dauerzustand werden. ■